

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung  
Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Post  
Postbezug für den Monat November 2.00 Goldmark für die Adressen - Monatsbezug monatlich 6 R. 15. Fremdbestellungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Ausland 1.20 Goldmark. Einzelnummer 15 G. Pfennig  
Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7981, 2 7982, 2 7983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach Dresden 2060  
Nichtverlangte Einlieferungen (ohne Rücksicht) werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Strafs haben unsere Leseger keine Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des unempfangenen Anzeigens

Nr 264 Sonntag, 9. November 1924 XXXII. Jahrg.

## Generalfstreik der Eisenbahner in Oesterreich

Das österreichische Sanierungswerk gefährdet - Wird Italien den Betrieb auf den Bahnen weiterführen? - Verwirrung in Wien

### Weitere Aufwertung beschlossen

B. Berlin, 8. November. (Via Drahtbericht) Das Reichskabinett hat durch den damit beauftragten Reichspostminister Gölle dem Oppositionen gläubiger und Sparerschmerzenden folgende Stellungnahme zu seinen Aufwertungsforderungen übermitteln lassen:  
1. Für das Reichskabinett ist durch die Annahme des Londoner Paktes und die Unterbringung der Waise eine völlig neue Situation geschaffen, durch welche die wirtschaftliche Lage des Reiches und der Länder maßgebend beeinflusst wird.  
2. Das Reichskabinett ist daher entschlossen, aber die Wünsche des Herrn Reichspostministers im Aufwertungsansatz des Reichstages hinauszusetzen.  
3. Entweder des Reichspostministers und Reichspostfinanzministers werden dem Kabinett demnach vorgelegt, aber welche der neue Reichstag zu beschließen haben wird.

Die Beratungen über die geplanten Steuermitteilungen werden, wie bereits mitgeteilt, heute fortgesetzt werden. Hier und da glaubt man, daß im Laufe des heutigen Tages ein positives Ergebnis erzielt werde, allerdings kaum in der von der Regierung gewünschten Richtung des § 48, mit dessen Hilfe die Steuerermäßigungen auf dem Verbrauchswege durchzuführen sollte. Dieser Weg scheint nach wie vor von den Finanzministern der Länder abgelehnt zu werden. Im „S. M.“ wird angegeben, daß unter Umständen der Reichspostminister auf Grund der §§ 106 und 108 der Reichsabgabenordnung generell Steuererhöhungen erlassen könnte. Dann würde an den Steuererhöhungen selbst im Augenblick nichts verändert, sondern alle diese grundsätzlichen Dinge würden dem kommenden Reichstag überlassen. Der Reichspostminister würde einfach für den Augenblick auf bestimmte Steuerarten oder bestimmte Teile von Steuerarten einstweilen verzichten.

### Der fliegende Holländer

Zur Erinnerung an die Ruhmestaten der „Emden“  
Von Kapitänleutnant a. D. Schammel (Breslau)

Wid und fliegend fährt der Sturm über die goldenen Gewässer Koreas. Besonders toll reißt er sein unheimliches Spiel in der Straße von Tsushima. Die Luft scheint erfüllt von heulenden, tobenden und kämpfenden Geistern, als ob das drohende Waffengeklirr Europas die Toten von Tsushima zu neuen Taten aus ihrem feinsten Helldorado gelockt hätte.  
Ebenfalls krebt im Morgengrauen des 4. August 1914 der Dampfer der russisch-freiwilligen Flotte „Majan“, das unheimliche Geleit zu verlassen. Wählig taucht aus einer Regenwolke ein Schiff auf. Weisterhaft groß im gemessenen Dämmerlicht des trübenden Nebels. Ein kurzer Fluchtversuch - ein Taubend sprühender Wasserfontänen - S. M. S. Emden hat ihre erste Beute in der Hand, einige Stunden, nachdem sie den Ausbruch des Krieges erfahren. In wenigen Tagen ist der schöne neue Dampfer in dem nahen Tsingtau in den deutschen Hilfskreuzer Kormoran verwandelt.

Brand. Der Zweck dieses Handbuchs, dem englischen Prestige bei der indischen Bevölkerung einen weiteren schweren Schlag zu versetzen, wird voll erreicht.  
Am nächsten Tag zeigt er sich vor Pondicherry, ohne aber die offene Stadt zu beschließen. Doch jetzt wird ihm der Boden unter den Füßen zu weich. Die Jungsprache englischer Kriegsschiffe sind zu laut zu hören. Er verläßt den bengalischen Golf, umfährte südlich nach Ostindien und erbeutet am 25. und 26. September in Sichtweite der Schellinwerfer des weltbedeutenden Bombay vier Dampfer. Am nächsten Tage fallen ihm vier weitere zum Opfer. Darunter eine besonders wertvolle Prise, der englische Dampfer „Burdock“ mit 6000 Tonnen herrlicher Kohle. Dieser Yang entsteht ihm für die nächsten Wochen aller Sorge und auch dem Kerger mit dem schlechten bengalischen Brennholz.  
Die Wirkung dieses neuen Schlags ist unbeschreiblich. Kein Schiff wagt mehr den Hafen zu verlassen. Selbst die wichtigsten Truppentransporte werden wochenlang zurückgehalten. Die Presse findet die bittersten Spottworte für die englische Regierung und Flotte, spendet aber notgedrungen dem feindlichen Kommandanten Anerkennung. Unter der indischen Bevölkerung gibt es heftige, jeder Heberseehandel nach. Die in den Häfen sich häufenden Waren verderben infolge S. M. S. „Emden“ zuzieht sich dem Sturm, den sie herausbeschworen, und geht weit südlich, um die Handelsstraßen Australiens - Notes Meer abzuschneiden. Doch auch hier Tötung.

### Der Rücktritt Dr. Seipels

WTB. Wien, 8. November. (Huntlich) Die Verhandlungen zwischen der Bundesbahndirektion und den Organisationsvertretern schillerter trotz weiterer Zugeständnisse seitens der ersten Verhandlung. Daraufhin erklärte der Bundesbahndirektor Dr. Günther dem Bundesrat sein Rücktrittsgesuch ein. Nach kurzem Ministerrat unterbreitete die Regierung dem Bundespräsidenten die Demission, mit dem Bemerkten, die Weisheit der Regierung bis zur Revidierung des Kabinetts durchzuführen zu wollen. Der Generalfstreik auf den Bundesbahnen hat begonnen.

Wir möchten, obgleich, wie uns berichtet wird, die Fremden nachstark Wien zu verlassen beginnen und auch in politischen Kreisen die unerwartete Nachricht von der Demission des Kabinetts überraschend gewirkt zu haben scheint, doch annehmen, daß man schließlich doch irgendeinen Ausweg finden wird. Man darf nicht vergessen, daß der Friedensvertrag Italien und der Tschechoslowakei das Recht gibt, im Falle eines Streiks ihre Transporte mit eigenem Personal auf österreichischem Gebiet zu leisten. Im Falle Italien würde das annehmbar sein, daß der Verkehr zwischen Italien und Deutschland auf der Strecke Brenner-Rastatt durch italienisches Personal aufrechterhalten werden würde, wenn nicht, unter militärischer Bedeckung.  
Nach unterm Kenntnis dachte Dr. Seipel, der von dem Ministerium völlig getrennt war, gerade zur Zeit nicht an seinen Rücktritt. Er wollte das Sanierungswerk zunächst vollenden und Oesterreich von Völkerbundskontrolle befreien. Für den Fall seines endgültigen Rücktritts gilt als Nachfolger Dr. Hittler, der Bundesbahnminister von Österreich, oder der frühere Finanzminister Dr. Gürtler, Professor in Graz.

### Verfrühte Nachrufe

B. Berlin, 8. November. (Eigener Drahtbericht) Hier und da in den Blättern werden dem Kabinett Seipel, und namentlich dessen Führer, bereits Nachrufe geschrieben. Wir möchten glauben (und möchten auch hoffen), daß diese Nachrufe denn doch etwas verfrüht sind. Seipel hat, als er sich mit Dr. Günther, dem Leiter der österreichischen Bundesbahnen, selbständig erklärte, wohl nur durch eine drastische Weise das „non possumus“ („Wir können nicht“) von Bundesbahndirektion und Regierung unterstreichen wollen. Wehrt auf Wien, in dem die Sozialdemokratie die Herrschaft hat, und das in der neuen republikanischen Verfassung zum Range eines eigenen Bundes erhoben ist, werden die Gewerkschaften immer neue Forderungen an, denen das Völkerverband Konventionen und in seiner Bewegungsfreiheit gekämmte kleine Oesterreich einlaßt, selbst beim besten Willen, nicht gewachsen ist. Es handelt sich bei den Differenzen zwischen der Direktion der Bundesbahn und den Eisenbahnern schließlich nur um 8 Milliarden Kronen, also nicht viel mehr als um eine halbe Million Goldmark. Die Direktion wollte Wasserleistungen im Betrage von 4 Milliarden bewilligen, die Sozialdemokratie aber forderte 80 Milliarden. Direktion und Regierung handelten nach dem alten Wort: „Im Anfang widerrede.“ Jedes Zugeständnis an eine Gruppe von Staatsangehörigen würde einseitig Forderungen der anderen Beamtengruppen automatisch nach sich ziehen. Dieser Schraube ohne Ende hat offenbar Dr. Seipel sich durch seinen Rücktritt entziehen wollen.

### Was nun?

Die Haltung der Wiener Presse  
Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.

### Die Haltung der Wiener Presse

Wien, 8. November. (Durch Funkdruck) Der Rücktritt der Regierung Seipel in Folge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks in der Oesterreichischen Eisenbahnverwaltung ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Wehrmacht der Blätter, die fast alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht auf parlamentarischen Weisungen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem feindseligen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Verhältniß gehaltenen Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volke von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Widerstand Oesterreichs mit so großem Erfolge durchzuführen haben, Diktate zurückweisen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß die finanzielle Differenz, um welche der Streik schließlich ging, nicht mehr als eine halbe Million Friedenskronen ausgemacht hätte. Die Demission Seipels habe daher mit der Gewährleistung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner angeführten Oesterreichischen Eisenbahngewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Nachtprobe der Regierung, gegen die es den eifrigsten und schärfsten Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisation gelte. In der „Reichspost“ „Deutschösterreichischer Tag-Anzeiger“, die in den letzten Tagen den radikalen Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders verteil, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnerstreik in Oesterreich zum erstenmal unter völkischer Führung stattfinden. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen.